



**Antrag**

Borken, 03.06.2010

**Sitzungsvorlage Nr. 0138/2010**

<b>Ausschuss für Bildung und Schule</b>	<b>10.06.2010</b>	<b>TOP:</b>	<b>öffentlich</b>
---	-------------------	-------------	-------------------

<b>Zuständige Facheinheit:</b> 40 - Fachbereich Schule, Kultur und Sport	<b>Berichterstatter/-in:</b> Herr Rudolf Geukes
---	--

**Beratungsgegenstand:**

Schulentwicklungsplanung

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Bildung und Schule empfiehlt dem Kreistag einen Schulentwicklungsplan unmittelbar nach der Regierungsbildung in NRW auf den Weg zu bringen.

**Sachdarstellung:**

Schon seit vielen gibt es im Kreis Borken nur noch sporadisch und bei Bedarf Ansätze von Schulentwicklungsplanung. Grund dafür ist eine Gesetzesänderung auf Landesebene, die Schulentwicklungsplanung nicht mehr zwingend vorschreibt. Die SPD – Kreistagsfraktion vertritt nun aber die Auffassung, dass es auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der sich verändernden Rahmenbedingungen an der Zeit ist, eine zukunftsorientierte Schulentwicklungsplanung für die Berufskollegs und die Förderschulen auf den Weg zu bringen. Ziel der Schulentwicklungsplanung muss die Zukunfts – und Chancensicherung der jungen Generation sowie die langfristige Sicherung von Ausbildung und Ausbildungsqualität für die heimische Wirtschaft sein. Ebenso gilt es vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage die vorhandenen Mittel, auch im Schul- und Bildungsbereich, zielgerichtet einzusetzen. Neben der Schulaufsicht, den Berufskollegs sollte nach Vorstellung der SPD – Kreistagsfraktion auch die Wirtschaft in die Planung mit einbezogen werden.

Die Schulentwicklungsplanung für die Förderschulen soll das Ziel der Integration und der Konsequenzen aus den Kompetenzzentren beinhalten und in diesem Sinne entsprechend weiterentwickelt werden.

Die SPD – Kreistagsfraktion weist darauf hin, dass die Kreisverwaltung die Notwendigkeit der Schulentwicklungsplanung im Haushaltsplan 2010 beschrieben hat. Die Schulentwicklungsplanung soll erst nach der Regierungsbildung in NRW beginnen, damit die Veränderungen in der Landespolitik berücksichtigt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Schulte